

## „Kaiser und Papst“

von Stephan Ehmke

Im August 1872 hatte Ernst Ludwig von Gerlach die Broschüre „Kaiser und Papst“ unter dem Pseudonym „Verfasser der Rundschauen<sup>1</sup>“ geschrieben, eine Philippika gegen den von Bismarck und den Nationalliberalen im Deutschen Reich vom Zaun gebrochenen Kulturkampf. Gerlach hatte klar erkannt, dass das Vorgehen der Regierung gegen angeblich „staatsfeindliche Bestrebungen“ innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland nur ein Vorwand darstellte für einen grundsätzlichen Kampf gegen Kirche und Christentum. Im Zentrum standen dabei die Einführung der „Zivilehe“, die Abschaffung der konfessionellen Volksschule sowie das Vorantreiben der völligen Trennung von Kirche und Staat.

Der bekennende Ökumene Gerlach<sup>2</sup> stellte sich nach Ausbruch des Kulturkampfes sofort auf die Seite der katholischen Kirche – sehr zum Verdruss vieler seiner alten Weggefährten aus dem protestantischen Lager. Gerlach selbst war zu dieser Zeit mit seinen altkonservativen Positionen bereits weitgehend auf sich selbst gestellt. Die meisten seiner ehemaligen Mitstreiter aus der Konservativen Partei in Preußen waren nach 1866 in das Lager Bismarcks übergegangen und hatten sich im Gegensatz zu Gerlach mit dessen „kleindeutscher“ Reichseinigungspolitik versöhnt.

Bismarck, der aus machtpolitischen Gründen ein Bündnis mit den bereits vor der Reichsgründung 1871 erstarkten Liberalen (insbesondere den Nationalliberalen) eingegangen war, tappte nun in die Falle des antikirchlichen Kurses dieser politischen Kräfte, die Gott und das Christentum – so Gerlach – schlicht aus dem Staat hinauswerfen wollten.

Konnte Gerlach sich schon mit dem Bruderkrieg von 1866 nicht abfinden, und äußerst schwer mit der Reichsgründung ohne Österreich, so bedeutete der Kulturkampf den endgültigen Bruch Gerlachs mit den Nationalkonservativen bismarckscher Prägung im Preußischen Landtag bzw. im Reichstag.

Bereits 1871 hatte sich Gerlach deshalb der neu gegründeten Zentrumsparterie zugewandt, in der sich katholische Abgeordnete der beiden Parlamente gesammelt hatten, die aber auch an der Mitarbeit von Protestanten interessiert war. Gerlach sah in einem Bündnis zwischen konservativen Protestanten und ultramontanen Katholiken die Möglichkeit, den Konservatismus insgesamt wieder auf das Parkett der Machtpolitik zurückzubringen und der zunehmenden Zersplitterung entgegenzuwirken.

Ernst Ludwig von Gerlach wurde zwar nicht ordentliches Mitglied der Zentrumsparterie (wiewohl er gleich zu Beginn der Zusammenarbeit zu ihrem Ehrenmitglied gewählt worden war), trat aber als Abgeordneter des Preußischen Landtages der Zentrumsfraktion als Hospitant bei und griff sogleich leidenschaftlich in die politische Auseinandersetzung ein.

Die Schrift „Kaiser und Papst“, erschienen im September 1872, erregte großes öffentliches Aufsehen und erreichte in kurzer Zeit fünf Auflagen. In katholischen Kreisen wurde sie verständlicherweise begeistert aufgenommen, fand jedoch auch im konservativen protestantischen Bereich einigen Beifall, obwohl dort Viele die Sympathien Gerlachs für die katholische Kirche keineswegs teilten, einschließlich einer ganzen Reihe seiner alten Freunde.

---

<sup>1</sup> Gemeint sind die von Gerlach verfassten „Rundschauen“ in der Neuen Preußischen Zeitung („Kreuzzeitung“).

<sup>2</sup> Zu den religiösen Ansichten Gerlachs und der Altkonservativen siehe den Beitrag [„Evangelische Katholizität“](#).

Wir fassen auf den folgenden Seiten den wesentlichen Inhalt der Schrift zusammen und folgen dabei der ersten Auflage vom September 1872, die zu Berlin im Verlag von G. van Muyden erschienen ist.

„Kaiser und Papst“ ist nicht nur eine leidenschaftliche Anklage gegen den Kulturkampf und die mit ihm verbundene Entchristlichung von Staat und Gesellschaft im Deutschen Reich, sondern stellt auch in gewisser Weise das politische Testament des damals 77-Jährigen dar, der im Gegensatz zu vielen seiner alten Weggefährten seinen altkonservativen Anschauungen immer treu geblieben ist und hier noch einmal vor allem seine religiösen Positionen zusammenfassend herausstellt.

---

### **Ernst Ludwig von Gerlach: „Kaiser und Papst“ – Vom Verfasser der Rundschauen, Berlin 1872**

Gerlach lobt zunächst die Geschlossenheit der Katholiken und erinnert an den Konfessionsfrieden unter Friedrich Wilhelm IV. Gleichzeitig beklagt er die Zersplitterung der Protestanten und die versuchte Demokratisierung der Kirche. Er kritisiert die Spaltung der Nation durch die Liberalen in dieser Frage und ihren Verfassungsbruch gegen die Religionsfreiheit, indem sie willkürliche Maßnahmen gegen katholische Orden und Geistliche fordern. Über Bismarcks „Nach Canossa gehen wir nicht“<sup>3</sup> mokiert sich Gerlach wegen des politisch praktisch machtlosen Papstes<sup>4</sup>. „Was soll das?“ fragt er. Noch 1871 habe Kaiser Wilhelm I. sein Wohlwollen gegenüber der katholischen Kirche zum Ausdruck gebracht, insbesondere mit seiner Stellungnahme gegen den revolutionären Raub an der Kirche in Italien. Die Zentrumsparterie<sup>5</sup> im neuen Reichstag umfasse nicht zuletzt evangelische Mitglieder (u.a. Hannoveraner Welfenanhänger), wie Gerlach betont. Es gebe keine konfessionelle Herausstellung des Katholizismus. Bismarcks Diffamierung des Zentrums als „Mobilmachung gegen den Staat“ sei, so Gerlach völlig unverständlich und ungerecht. Die Mobilisierung geschehe in Wahrheit gegen den Liberalismus, der den Kirchensturm ausgerufen habe. Das Zentrum kämpfe schließlich gegen die Entchristlichung des Staates, gegen die Profanisierung der Ehe und für die christliche Schule. „Die Fraktion glaubt und weiß, dass Gottes heiliges Wort es ist und seine Kirche, die allen Institutionen des Reiches Geist, Leben und Heil erst mitteilt, und dass die Reiche dieser Welt, wenn sie gottlos werden, dem Fleische und der Verwesung verfallen“, so Gerlach (S. 8). Der konfessionelle Unterschied „modifiziere“ die Gemeinschaft, trenne sie aber nicht. Der Hauptkampf dieser Tage ist nach Gerlach nicht der der Konfessionen gegeneinander, sondern der Kampf der *einen* und *unteilbaren* Kirche gegen Gottlosigkeit und Umsturz. Der Schutz der Rechte der Kirche sei die Voraussetzung für den Frieden, die festeste denkbare Grundlage für das Reich die Einigkeit im Glauben, so Gerlach. Das Reich werde nicht gefährdet durch die Einigkeit und Stärke der Kirche. „Das Deutsche Reich ist ein Glied des

---

<sup>3</sup> Ausspruch des Reichskanzlers Fürst Bismarck im deutschen Reichstag am 14. Mai 1872, als über den Posten eines Gesandten bei der päpstlichen Kurie, für den Kaiser Wilhelm den Kardinal Hohenlohe vorgeschlagen hatte, der Papst aber abgelehnte, verhandelt wurde.

<sup>4</sup> 1870 war der Kirchenstaat durch Italien faktisch aufgelöst worden und auf den Vatikan in Rom reduziert. Papst Pius IX. war 1872 quasi Gefangener der italienischen Regierung.

<sup>5</sup> Ende 1870 bzw. Anfang 1871 schlossen sich katholische Abgeordnete im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus zu Fraktionen mit dem Namen „Zentrum“ zusammen. Die Partei entwickelte sich zur stärksten bzw. zweitstärksten (erst nach den Liberalen, dann nach den Sozialdemokraten) im Kaiserreich.

Königreiches Gottes“, so Gerlach (S. 10). Das Reich Gottes aber sei keine „bloße Idee“, sondern Wirklichkeit, weil „von oben“ (Augustinus).

Gerlach sieht die wahre Freiheit als Ausfluss der Gotteswahrheit. „Gott dienen ist Freiheit“, und zwar auch Befreiung von der Staatsomnipotenz. „Nur das in Gott gegründete Gewissen kann wahre Freiheit gründen“ (S. 11). Bedroht werde das Reiches vielmehr von unten durch die „wüste Menge“ und durch die, welche sich auf die Menge stützten. „Die Kopffzahl ist das Gegenteil der Nation“. Entscheidend sein die Gliederung der Nation, wie die Familie, die Kirche, die anderen Gemeinschaften. „Zerstöre die Gliederung und Du zerstörst die Nation“ (S. 11). Gerlach befürwortet ein föderales Reich mit subsidiärem Charakter statt einen Einheitsstaat, der „im Gegensatz zum Recht“ stehe.

Gerlach erinnert an die Zusage des Kaisers zur Wahrung der Eigentümlichkeiten der Länder nach den Annexionen von 1866. Unentbehrlichkeit für Deutschland sei der „preußische Partikularismus“, bedingt durch die preußische Krone und Armee, die sich dem Kopffzahlprinzip nicht beugen dürften. „Ohne solche Eigentümlichkeiten ist Deutschland nicht mehr Deutschland und das Reich nicht mehr Deutsch, sondern Bonapartisch“ (S. 12).

Gerlach geht auf die Vorzüge der englischen Verfassung in ihrer „Mannigfaltigkeit“ ein, welche die Einigkeit des Landes erst begründe<sup>6</sup>.

Der Verfasser stellt seine jahrelangen persönlichen Bekanntschaften mit Zentrumsleuten heraus und betont gemeinsame außenpolitische Anschauungen, was Italien und Österreich betreffe, den Deutschen Bund, das Kopffzahlprinzip und die Annexionen nach 1866<sup>7</sup> sowie innenpolitische Übereinstimmungen: Gegnerschaft zum „unchristlichen und undeutschen“ Nationalliberalismus, Kritik an der Entchristlichung und Entkirchlichung von Staat, Schule und Ehe. Dagegen habe Gerlach nie eine deutsch- bzw. preußenfeindliche oder antiprotestantische Gesinnung im Zentrum angetroffen. Er spricht die Hoffnung aus auf eine größere Einheit zwischen Protestanten und Katholiken durch den gemeinsamen Kampf gegen die „Feinde des Wortes und des Reiches Gottes“.

Gleichzeitig weist Gerlach die Vorwürfe Bismarcks gegen den Hannoveraner Ludwig Windthorst<sup>8</sup> zurück. Sie würden in gleichem Maße auch den Preußen Gerlach treffen.

Der Verfasser geht im Folgenden ausführlich auf die - vorgeblichen - Gründe für die Entstehung des Kulturkampfes ein.

Die der katholischen Kirche vorgeworfene „Aggression“ rühre eigentlich von deren Kampf gegen den revolutionären Liberalismus her.

Das vom Nationalliberalismus besonders angegriffene Vatikanische Konzil<sup>9</sup> kritisiert Gerlach zwar hinsichtlich des „Unfehlbarkeitsdogmas“ als der Einheit der Kirche entgegenstehend, hebt aber auch die innerkirchliche katholische Kritik daran hervor<sup>10</sup>. Er betont, dass kein Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes in Fragen seiner weltlichen Regierung bestünde, was für die Beziehung zum Deutschen Reich maßgeblich sei. Gerlach hebt hervor, dass es eine Veränderung der friedlichen preußischen Politik gegenüber dem Vatikan seit dem Konzil nicht gegeben habe, wie auch Bismarck herausgestellt habe.

---

<sup>6</sup> Gerlach sah die ungeschriebene Verfassung Englands, die sich in Jahrhunderten organisch entwickelt hatte, in diesem Bereich als vorbildlich an.

<sup>7</sup> Siehe hierzu auch unseren Beitrag über [Leben und Werk Gerlachs](#).

<sup>8</sup> Ludwig Windthorst (1812-1891), deutscher katholischer Jurist und Politiker, über Jahrzehnte Kopf der Zentrumsparterie im preußischen Abgeordnetenhaus und Reichstag. Entschiedener Gegner Bismarcks.

<sup>9</sup> (Erstes) Vatikanisches Konzil in Rom von 1869/70. In seinem Zentrum stand die Verkündung des „Unfehlbarkeitsdogmas“ des Papstes.

<sup>10</sup> Aus der Kritik am Unfehlbarkeitsdogma heraus hatte sich die Altkatholische Kirche von Rom abgespalten.

Den nächsten Aggressionsvorwurf gegen die katholische Seite stellen nach Gerlach die Anträge des Zentrums bzgl. der Streichung des Verzichts auf alle Interventionen (in ausländische Angelegenheiten) in der Adresse des Reichstages an den Deutschen Kaiser<sup>11</sup> (besonders die „Beraubung“ des Papstes) sowie Aufnahme der Gewährung der vollen Religionsfreiheit für Katholiken im Reich wie in Preußen dar. Gerlach weist die nationalliberalen Proteste gegen die Exkommunikation von Konzilsgegnern als gegen die „bürgerliche Ehre und Stellung“ gerichtet, ab. „Wer irgendeinen Grad von christlichem Recht und christlicher Freiheit will und nicht mohammedanischen oder heidnischen Absolutismus, der muss auf solche Gegensätze und Inkonvenienzen gefasst sein.“ (S. 22).

Die Kritik des Autors richtet sich auch gegen die Aufhebung der katholischen Abteilung des preußischen Kultusministeriums, eingerichtet 1841 von Friedrich Wilhelm IV. zur gegenseitigen Vertrauensbildung in Kirchenfragen. Diese Einrichtung habe sich 25 Jahre lang gut bewährt. Nun schiebe man die angebliche „religiöse Neutralität“ des Staates vor.

Es hätten sich allerdings Bedenken ergeben, dass der säkulare, religionslose und absolutistische Staat sich der Institution bemächtigen könne und so Herrschaft über die Kirche beanspruche. In diesem Zusammenhang warnt Gerlach erneut vor einer Staatsomnipotenz.

Scharf lehnt Gerlach die Vorstellung einer religiösen Indifferenz von Krone und Staat ab. „Wo bleibt, wenn der allmächtige Gott eine Privatmeinung ist, der Krönungseid, ... der Fahneneid, der Amtseid, ... kurz, jeder Eid, auf dem doch aller Rechtsschutz als auf seiner letzten, festen Stütze beruht?“ (S.24). Es dürfe deshalb keine Gleichgültigkeit des Kaisers und des Staates gegen die Konfessionen und das Christentum geben. Ergebnis wäre „ein Heidentum, das in der Gestalt der Staatsomnipotenz schon im Anzuge ist und im heidnischen Römerreiche zur Anbetung der Kaiser und zum Martyrium der Christen geführt hat“ (S. 24). Religiöse Toleranz, die notwendig sei, dürfe nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden.

Der Kaiser sei evangelisch und habe daher in dieser Hinsicht besondere Rechte und Pflichten gegen seine evangelischen Untertanen, die er gegen die katholischen nicht habe. Die katholischen Untertanen hätten dagegen besondere Pflichten gegen den Papst in Kirchensachen. Gegen alle Untertanen aber, unabhängig von der Konfession, habe der Kaiser die Fürsorge- und Schutzpflicht. Der gläubige katholische Christ stehe nach Gerlach dem Kaiser freilich näher, als der heidnische Protestant.

Der Verfasser geißelt sodann die geforderte Konfessionslosigkeit der Volksschulen im Elsass („Ideal der Revolutionäre in ganz Europa“) sowie die Maßnahmen der bayerischen Regierung gegen Geistliche (angebliche „römische Eiferer“) vom November 1871, welche ein Strafgesetz gegen Priester und Bischöfe vorsahen, die in ihren Reden „Staatsangelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise behandeln“. Gerlach beklagt die Dehnbarkeit der Begriffe und die Unnötigkeit des Gesetzes, das er als kirchenfeindliche Tendenz interpretiert, die den öffentlichen Frieden gefährde, statt ihn zu schützen.

In gleicher Weise kritisiert der Autor das neue „Schul-Aufsichts-Gesetz“<sup>12</sup> in Preußen gegen die katholische Kirche in Posen und Oberschlesien, weil in den dortigen Schulen angeblich der katholischen Religion und der polnischen Sprache zu viel Raum gewährt werde. Wie das bayerische Gesetz diene das preußische nicht dem behaupteten Zweck, sondern sei ausschließlich antikirchlich und wirke daher konfliktfördernd und spaltend.

Wiederum hebt Gerlach den nach seiner Ansicht tatsächlichen Zweck der Maßnahmen hervor: Es gehe den Liberalen darum, die Kirche insgesamt aus der Schule heraus zu drängen. Denn

---

<sup>11</sup> Die Adresse des ersten Deutschen Reichstages an Kaiser Wilhelm I. vom 30. März 1871.

<sup>12</sup> Vom 11. März 1872.

das Gesetz gelte auch für die evangelische Konfession. Es sei also gegen das Christentum im Allgemeinen gerichtet, nicht gegen den katholischen Ultramontanismus im Besonderen.

Gerlach betont dagegen die Legitimität und Verfassungsgemäßheit der kirchlichen Schulaufsicht und verweist dazu auf das Preußische Landrecht und die preußische Verfassung von 1848/50. Der Liberalismus setze sich über die Verfassung hinweg, deren Verteidigung er sich sonst ständig rühme.

Gegen all dies rege sich der Widerstand der konservativen Minorität in den Parlamenten, der evangelischen und katholischen gemeinsam. Gerlach beruft sich dabei auf das Wort des ehemaligen Prinzen Wilhelm (jetzigen Kaisers) nach dem badischen Feldzug von 1849, dass er den Grund der staatlichen Auflösung in der Entfremdung der Schule vom Christentum sehe.

In diesem Zusammenhang beklagt Gerlach die Gegnerschaft Bismarcks gegen die konservative Partei im Herrenhaus (die ihn im Verfassungskonflikt noch gestützt hatte). Zugleich rühmt er die Vorteile der katholischen Kirche bei der Verteidigung des christlichen Bildungswesens durch die größere Nähe zu den Familien. Er erinnert an einen Toast Windthorst's auf die Frauen, die „unabsetzbaren Schul-Inspektoren“ (S. 35).

Gleichzeitig führt Gerlach Klage über den besonderen Zerstörungseifer der linken Protestanten und sieht nicht zuletzt das Zentrum (hier sowohl evangelische als auch katholische Christen) als „konservativen Stamm“ im Widerstand dagegen. Er erhofft sich einen Erfolg des gemeinsamen Vorgehens im Sinne der „Unam Sanctam Catholicam“<sup>13</sup>. So drückt Gerlach seine Zuversicht aus, dass alle Protestanten und Katholiken die Notwendigkeit des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind erkennen. Nicht zuletzt erinnert er auch hier an die „Heilige Allianz“<sup>14</sup> von 1815.

Im Zusammenhang mit den preußischen katholischen Polen, die jetzt auch als Staatsfeinde behandelt würden, betont Gerlach die Nachrangigkeit des Nationalitätenprinzips. „Dem obersten Prinzip, welches fest begründet ist in Gottes Schöpfungen und Geboten, - der Obrigkeit und dem Rechte aus Gott - hat das Nationalitäts-Prinzip sich tief unterzuordnen. Aus dem Rechte und der Macht der Obrigkeiten entstehen erst die Nationalitäten, wie aus den Vätern die Familien, nicht umgekehrt.“ (S. 38f.). Gerlach verwirft die Herabwürdigung anderer Nationalitäten als unchristlich. Deutschland und Österreich müssten den Schutz der Rechte, Sprachen und Eigentümlichkeiten aller Nationalitäten in ihren Grenzen sicherstellen, wie dies im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation der Fall gewesen sei. Der Autor erinnert an die Garantien Friedrich Wilhelms III. gegenüber die preußischen Polen von 1815. Erst jetzt sei durch Kirchenfeindlichkeit und Nationalismus auch dort eine „blutende Wunde“ entstanden.

Ausführliche Kritik äußert Gerlach am Vorgehen gegen die Jesuiten im Reich, welches in Wahrheit gegen die ganze Kirche und das Christentum gerichtet sei und nicht nur gegen den Orden. Er erinnert an die erst kürzlich erfolgten Zusagen Bismarcks zur Achtung der Konfessionen und Schonung ihrer Gefühle. Petitionen für die Jesuiten an den Reichstag würden beiseite gewischt werden, beklagt Gerlach.

Besonders scharf geißelt Gerlach die „rohen Schmähungen“, die in den Debatten im Reichstag gegen die Jesuiten gerichtet würden („Ecrasez l'Infame“ usw.). Dazu gehörten auch die Beschimpfung der konservativen Evangelischen als „protestantische Jesuiten“. In diesem Zusammenhang erwähnt der Verfasser die unrühmliche Rolle der „antikirchlichen regierungsfreundlichen“ Presse bei der Vergiftung des öffentlichen Klimas. Wiederholt warnt

---

<sup>13</sup> Zum betont ökumenischen Kirchenbegriff Gerlachs und der Altkonservativen siehe den Beitrag „Evangelische Katholizität“.

<sup>14</sup> Zur Bedeutung für den Altkonservatismus siehe den Aufsatz [„Der Geist der Heiligen Allianz von 1815“](#).

er vor einer zunehmenden Radikalisierung, die in Gewalt enden könne und bedauert das Schweigen der Regierung zu diesen Vorgängen.

Gerlach will nicht Kritik an den Jesuiten ausschalten, sondern er wendet sich gegen eine einseitige Beurteilung des Ordens. Zu beachten sei die historische Entwicklung und Wandlung und Veränderung der Institutionen. „Was (hat) das alte Deutsche Reich, gestiftet und gegründet auf den Felsen der Kirche Gottes (zu tun) mit dem neuen Deutschen Reich und seinen gleichberechtigten Juden, seinen Kopfwahlwahlen, seinem Konstitutionalismus, seinem Nationalliberalismus?“ (S.47). Gerlach beklagt das „verderbliche Aufwärmen alter konfessioneller Vorurteile“ (besonders aus der Zeit der Reformation), die „Aufrechnung der Grausamkeiten, Kriege, Verfolgungen usw.“ auf beiden Seiten. Er fordert bei allem verständlichen Eifer zur Objektivität auf und mahnt, den „Balken im eigenen Auge“ zu sehen. Wiederum beruft sich Gerlach auf die preußische Verfassung, welche die Rechte der katholischen Kirche - so auch ihrer Orden - festschreibe und die durch den Reichstag nicht eingeschränkt werden dürfe.

Den „Päpstlichen Syllabus“<sup>15</sup> gegen das revolutionär-liberale und religionslose Staatsideal der Zeit sieht Gerlach als Gegenstand unberechtigter wie berechtigter Kritik. Er sei allerdings keinesfalls staatsgefährlich und dürfe nicht gegen die katholische Kirche in Deutschland verwendet werden. Der Syllabus sei schließlich auch vor 1872 kein Anlass zum Zerwürfnis gewesen. Erneut fordert Gerlach, keine „alten Sünden der Vergangenheit“ aufzurechnen, was nur zum Unfrieden führe.

Der Autor betont die Rechte der Mitglieder des Jesuitenordens als deutsche und preußische Bürger, verurteilt die Willkür von Seiten der Regierung und des Parlamentes und beruft sich auch hier auf die Verfassung. Eindringlich warnt Gerlach davor, den Weg von 1789 zu beschreiten.

Es gebe in der Tat keine Tatsachen, die gegen den Jesuitenorden sprächen, keine Beweise strafbarer Handlungen, nur vage Behauptungen, Hörensagen und Gerüchte. (Heute würde man sagen: „Verschwörungstheorien“). Auch in den Angriffen gegen die Jesuiten sieht Gerlach letztlich den Zweck der Entchristlichung der Ehe, der Schule und des Staates. Die Anfeindungen gegen die konservativen Protestanten als die „gefährlichsten Jesuiten“ erfolgten wegen „ähnlicher Gesinnungen wie Rechtgläubigkeit im Sinne ihrer Kirche, Behauptung des Rechts und der Pflicht der Kirche ihre Bekenntnisse und ihre Disziplin in Lehre und Wandel aufrecht zu erhalten“. (S. 56). Diese Angriffe bezeugten die „große Wahrheit“, dass es sich in Wahrheit um einen Angriff gegen die eine, ganze Kirche Jesu Christi handele.

Gerlach beklagt das „traurige Schweigen“ der meisten konservativen Protestanten im Gegensatz zum tapferen Bekenntnis der Katholiken. Notwendig sei aber ein gemeinsames evangelisch-katholisches Bekenntnis für den Religionsfrieden im Reich.

Er stellt dann noch die Unzuständigkeit des Reiches in den Religionssachen fest, kritisiert den offensichtlichen Bruch der Verfassung, die Willkürmaßnahmen und Polizeistaatsmethoden: Dies sei letztlich eine Niederlage der Liberalen, die ihre eigenen Grundsätze verraten hätten. Gerlach mahnt, dass dies alles sich ja auch einmal gegen sie (die Liberalen) selbst richten könne. „Wir aber, die wir an Recht aus Gott glauben, lassen wir dadurch, dass die Liberalen die Bestimmungen der Verfassungsurkunden so missachten, uns nicht verleiten, nun auch unsererseits Recht und Rechtsform, wenn es uns einmal gelüsten sollte, für nichts zu achten, sondern halten wir, eidestreu, fest an unserer Pflicht: einzustehen für jedes gute Recht, auch für das unserer Gegner und für jede zu Recht bestehende schützende Rechtsform“<sup>16</sup>.“ (S. 61).

---

<sup>15</sup> Die Schrift „Syllabus Errorum“ Pius IX. von 1864.

<sup>16</sup> Dieser Satz ist bezeichnend für das rechtliche Denken des Juristen Gerlach.

Gerlach geht dann noch auf die positiven öffentlichen Darstellungen des Wirkens der Jesuiten aus der jüngsten preußischen Geschichte (insbes. der Zeit Friedrich Wilhelms IV.) ein, welche die aktuellen haltlosen Unterstellungen Lügen strafen und gleichzeitig einen „wehmütigen Rückblick“ auf das damalige, gerechte und mäßige Urteilen darstellten.

Zum Schluss untersucht Gerlach noch die Frage, ob Geistliche, Bischöfe usw. kirchlichem oder staatlichem Recht unterliegen würden. Er kritisiert in diesem Zusammenhang scharf den von den Nationalliberalen propagierten Satz: „Alles Recht geht von Staate aus“.

„Der Satz, dass alles Recht vom Staate ausgehe - und nicht von der Kirche, welche Gottes Offenbarungen und Gebote uns überliefert und verbürgt – führt uns ins das krassste Heidentum und dessen unerträgliche Tyrannei zurück“ (S. 72).

„Gottes heilige Gebote, wie sie gelehrt und in die Herzen geschrieben sind vom Herrn und seinen Aposteln und von der christlichen Kirche, haben die Throne und Dynastien erst befestigt eben dadurch, dass sie die abscheuliche Staatsallmacht beseitigten und mit der Freiheit in und durch Gott auch politische Freiheit begründeten, Freiheit und Rechtssicherheit in dem Maße, wie wir sie nun über ein Jahrtausend und noch heute ... genießen unter vielen Ungerechtigkeiten.“ (S.72).

Gerlach weist zum wiederholten Male Staatsomnipotenz als „Sklaverei und Terror“ zurück, insbesondere dann, wenn sie nicht durch Fürsten, sondern durch die Masse ausgeübt werde, wie in jüngster Zeit die „Pariser Kommune<sup>17</sup>“ gezeigt habe.

Richtig sei dagegen die Anerkennung von Gottes Omnipotenz, welche die Macht des Staates einschränke. „In demselben Sinne hat König Wilhelm in Königsberg die Krone vom Altar genommen!“ (S.73).

Schließlich stellt Gerlach den schweren Schaden für das Reich durch die antikatholischen Maßnahmen fest, für das Schulwesen, die Armee (Militärseelsorge), als auch für Sittlichkeit und Moral in der Gesellschaft. Dagegen konstatiert er eine beträchtliche Stärkung des Zusammenhalts und der Einigkeit der katholischen Kirche in Deutschland. In dieser Stärkung sollten, so der Verfasser, auch evangelische Christen Trost finden können. „Geistliche Mächte, wenn sie in sich Bestand haben, wachsen durch die Verfolgung“ (S.76).

Im Gegensatz dazu stehe die Zersplitterung des deutschen Protestantismus und dessen Schwächung durch die Demokratisierung. „Denn aus von unten gewählten ungläubigen und zuchtlosen Majoritäten kann Glaubenszucht nicht hervorgehen“ (S. 76).

Gerlach mahnt die Rückkehr zu den reformatorischen Grundlagen des obrigkeitlichen Kirchenregimentes in Ermangelung der Bischöfe an, aber unter der Voraussetzung einer glaubenstreuen Obrigkeit.

Die Spaltung der Christen durch den Kulturkampf berge die größten Gefahren für die Einheit des Reiches. Es gebe genug Beispiele in der Geschichte, wo bedrängte Protestanten oder Katholiken Beistand im Ausland suchten und fanden. Dazu trete die innere politische Zerrissenheit durch Parteihader, gefördert durch traditionslose, unorganische politische Organisation und das Kopfzahlenprinzip.

Gerlachs Schlussworte: „Aber - sollen wir verzagen? Nein, Hoffen wir wider Hoffnung! Trauen wir auf unsern Gott, der Wunder tut! Und seien wir gewiss: Fallen im tapferen Streit für seine Sache ist unverdiente Ehre und reicher Lohn. Nach der Zeit kommt die Ewigkeit...

Bekennen wir mit allen christlichen Reichsuntertanen den gemeinsamen Glauben der gesamten Kirche Gottes – glauben, was wir bekennen lebendig, tatkräftig und gemeinsam – handeln aus

---

<sup>17</sup> Dem Terror der „Pariser Kommune“, der kommunistischen Herrschaft in der Stadt vom März bis Mai 1871, fielen 20.000 Menschen zum Opfer, ein Großteil der Pariser Innenstadt wurde zerstört. Die „Kommune“ wurde mit Erlaubnis des deutschen Oberkommandos von französischen Truppen blutig niedergeschlagen.

diesem Glauben als Glieder hangend an dem einen Haupte, gemeinsam wirkend, gemeinsam hoffend – und nicht verzagen am Reiche!“ (S.80).